

Vorlage des Staatsrates.**G e s e t z**

vom

über

die Vereinfachung der Strafrechtspflege (Strafprozeßnovelle vom Jahre 1918).

Die Provisorische Nationalversammlung des Staates Deutschösterreich hat beschlossen:

Artikel I.

Die Strafprozeßordnung wird durch folgende Bestimmungen ergänzt und abgeändert:

1. Die Ziffer 2 des ersten Absatzes des § 9 hat zu lauten:

„2. die Mitwirkung an dem Verfahren in Verbrechen- und Vergehensfällen gemäß dieser Strafprozeßordnung.“

2. Die Ziffer 4 des § 10 hat zu lauten:

„4. als Berufungsgerichte in Übertretungsfällen und im vereinfachten Verfahren (§ 13, Z. 2).“

3. Die Ziffer 2 des ersten Absatzes des § 13 hat zu lauten:

„2. Die Verhandlung und Entscheidung über Rechtsmittel, welche gegen die Erkenntnisse und Verfügungen der Bezirksgerichte in Übertretungsfällen oder gegen Entscheidungen im vereinfachten Verfahren ergriffen werden.“

4. Der letzte Satz des § 15 hat zu lauten:

„Die Gerichtshöfe zweiter Instanz fassen ihre Beschlüsse, wenn nichts anderes vorgeschrieben ist, in Versammlungen von drei Richtern.“

5. Im § 31 haben die Worte:

„über Entscheidungen der Bezirksgerichte“ zu entfallen.

6. a) Zwischen dem ersten und dem zweiten Absatz des § 34 ist folgender neue Absatz einzuschalten:

„Sie können jedoch, falls dem Beschuldigten mehrere strafbare Handlungen zur Last liegen, von der Verfolgung einzelner absehen oder zurücktreten (§ 363, Z. 3), wenn das voraussichtlich weder auf die zu verhängende Strafe noch auf die mit der Verurteilung verbundenen Rechtsfolgen wesentlichen Einfluß hat. Nimmt der Staatsanwalt später die vorbehalten Verfolgung wieder auf, so ist ein abermaliger Vorbehalt in Ansehung einzelner strafbarer Handlungen unzulässig. Der Staatsanwalt kann ferner von der Verfolgung eines im Auslande begangenen Verbrechens absehen oder zurücktreten, wenn der Täter schon im Auslande dafür gestraft worden und nicht anzunehmen ist, daß das inländische Gericht eine strengere Strafe verhängen werde. Die dem Privatbeteiligten nach den §§ 48, 49 und 449 zustehenden Rechte werden durch diese Bestimmungen nicht berührt.“

b) Der erste Satz des folgenden Absatzes hat zu lauten:

„Die Staatsanwälte haben darauf zu sehen, daß alle zur Erforschung der Wahrheit dienlichen Mittel gehörig benützt werden.“

7. Der zweite Absatz des § 43 hat zu lauten:

„In dringenden Fällen oder zur Entlastung des Advokatenstandes kann der Gerichtsvorsteher auch bei Gericht angestellte, zum Richteramte befähigte Beamte zu Verteidigern bestellen. Diese haben die Verteidigung auch dann zu übernehmen, wenn sie nicht in die Verteidigerliste eingetragen sind.“

8. Der zweite Satz im ersten Absätze des § 45 hat zu lauten:

„Der Untersuchungsrichter hat dem Rechtsbeistand Einsicht in die Akten zu gewähren, kann jedoch Aktenstücke ausnehmen, deren Mitteilung mit dem Zwecke des Verfahrens unvereinbar wäre; jedenfalls aber ist dem Rechtsbeistand auf Verlangen vom Verhaftsbefehl und von dessen Gründen sowie von der gerichtlichen Verfügung Abschrift zu erteilen, gegen die der Beschuldigte ein Rechtsmittel angemeldet hat.“

9. Der zweite Absatz des § 57 hat zu lauten:

„In jedem solchen Falle ist der Ankläger verpflichtet, sogleich zu erklären, ob er wegen der übrigen gegen denselben Beschuldigten vorliegenden Anschuldigungspunkte die Fortsetzung des Verfahrens verlange. Geschieht dies, so ist das Verfahren über diese Anschuldigungspunkte ohne unnötigen Aufschub

zum Abschlusse zu bringen; im entgegengesetzten Falle kann der Beschuldigte ihretwegen nur unter den Bedingungen verfolgt werden, unter denen die Wiederaufnahme eines vor der Hauptverhandlung eingestellten Strafverfahrens zulässig ist (§§ 352 und 363).“

10. Der letzte Absatz des § 89 hat zu lauten:

„Die über die Vorerhebungen aufgenommenen Protokolle hat das Bezirksgericht mit größter Beschleunigung und, falls sich der Fall für das vereinfachte Verfahren eignet oder eine Verhaftung vorgenommen worden ist, längstens binnen acht Tagen an den Staatsanwalt einzusenden. Im letzteren Falle hat der Staatsanwalt längstens binnen drei Tagen nach Einlangen der Akten den Verhafteten außer Verfolgung zu setzen oder seine Anträge wegen der Person und des Verfahrens beim Untersuchungsrichter anzubringen (§ 27, Absatz 2).“

11. Der erste Satz des zweiten Absatzes des § 98 hat zu lauten:

„Gegenstände, an oder mit welchen die strafbare Tat verübt worden ist oder die der Täter am Orte der Tat zurückgelassen haben dürfte, überhaupt Gegenstände, die vom Beschuldigten oder von Zeugen anzuerkennen sind oder in anderer Weise zur Herstellung des Beweises dienen können, und Sachen, die dem Verfall unterliegen, sind, soweit es möglich ist, in gerichtliche Verwahrung zu nehmen.“

12. Der erste Absatz des § 143 hat zu lauten:

„Werden Gegenstände gefunden, die für die Untersuchung von Bedeutung sein können oder dem Verfall unterliegen, so sind sie in ein Verzeichnis zu bringen und in gerichtliche Verwahrung oder doch unter gerichtliche Obhut oder in Beschlagnahme (§ 98).“

13. Der § 192 hat zu lauten:

„Sofern es sich nicht um ein Verbrechen handelt, bei welchem nach dem Gesetze auf die Todesstrafe oder auf eine mindestens zehnjährige Kerkerstrafe zu erkennen ist, kann die wegen Verdachtes der Flucht verhängte Haft gegen Kaution oder Bürgschaft für eine von der Ratskammer mit Rücksicht auf die Folgen der strafbaren Handlung, die Verhältnisse der Person des Verhafteten und das Vermögen des Sicherheit Leistenden zu bestimmende Summe und gegen Ablegung des im § 191 erwähnten Gelöbnisses auf Verlangen unterbleiben oder aufgehoben werden; sie muß gegen die angegebenen Sicherheiten auf Verlangen unterbleiben oder aufgehoben werden, wenn das

Verbrechen nicht strenger als mit fünfjähriger Kerkerstrafe bedroht ist."

14. Der § 194 hat zu lauten:

"Der Gerichtshof zweiter Instanz kann die Belassung des Beschuldigten auf freiem Fuß oder die Verlegung auf freiem Fuß gegen oder ohne die im § 192 bezeichneten Sicherheiten auch bei einem Verbrechen bewilligen, bei welchem nach dem Gesetze auf mindestens zehnjährige Kerkerstrafe zu erkennen ist."

15. Als § 230a ist folgende Bestimmung einzuschalten:

"Soweit die Öffentlichkeit einer Verhandlung ausgeschlossen worden ist, ist es untersagt, Mitteilungen daraus zu veröffentlichen. Auch kann das Gericht den anwesenden Personen die Geheimhaltung der Tatsachen zur Pflicht machen, die durch die Verhandlung zu ihrer Kenntnis gelangen. Dieser Beschluß ist im Verhandlungsprotokoll zu beurkunden. Die Verletzung der Pflicht zur Geheimhaltung ist ebenso zu bestrafen, wie eine geschwindrige Verlautbarung (§ 309 St. G.)."

16. Als § 276a ist folgende Bestimmung einzuschalten:

"Ist die Verhandlung, nachdem sie begonnen hat, vertagt worden (§§ 274—276), so kann der Vorsitzende in der späteren Verhandlung die wesentlichen Ergebnisse der früheren nach dem Protokolle und den sonst zu berücksichtigenden Akten mündlich vortragen und die Fortsetzung der Verhandlung daran anknüpfen. Die Verhandlung ist jedoch zu wiederholen, wenn sich die Zusammensetzung des Gerichtes geändert hat oder seit der Vertagung mehr als ein Monat verstrichen ist oder wenn es eine der Parteien nach dem Vortrage des Vorsitzenden und vor der Fortsetzung der Verhandlung begehrt, es wäre denn, daß das Begehren offenbar unwillig oder nur zur Verzögerung der Sache gestellt wird."

17. Die Ziffer 5 des § 281 hat zu lauten:

"5. wenn der Ausspruch des Gerichtshofes über entscheidende Tatsachen (§ 270, Z. 6 und 7) undeutlich, unvollständig oder mit sich selbst im Widerspruch ist; wenn für diesen Ausspruch keine oder nur offenbar unzureichende Gründe angegeben sind oder wenn zwischen den Angaben der Entscheidungsgründe über den Inhalt einer bei den Akten befindlichen Urkunde oder über eine gerichtliche Aussage und der Urkunde oder dem Vernehmungs- oder Sitzungsprotokoll selbst ein erheblicher Widerspruch besteht;"

Provisorische Nationalversammlung. — Beilage 43.

5

18. Die ersten beiden Absätze des § 283 haben zu lauten:

„Die Berufung kann nur gegen den Ausspruch über die Strafe, soweit nicht der im § 281, Z. 11, erwähnte Nichtigkeitsgrund vorliegt, und gegen den Ausspruch über die privatrechtlichen Ansprüche ergriffen werden. Wegen des Ausspruches über die Strafe kann die Berufung von allen zur Ergreifung der Nichtigkeitsbeschwerde Berechtigten ergriffen werden, und zwar zum Nachteil des Angeklagten, wenn das Gericht nicht auf die strengste vom Gesetze angedrohte Strafart erkannt, wenn es eine gesetzlich zulässige Nebenstrafe nicht verhängt hat, und wegen des Strafmaßes, wenn die verhängte Geld- oder Freiheitsstrafe die Hälfte des gesetzlichen Höchstmaßes nicht erreicht oder die vom Gesetze angedrohte lebenslängliche Freiheitsstrafe auf weniger als fünfzehn Jahre herabgesetzt worden ist; zugunsten des Angeklagten aber, wenn das Gericht nicht auf die mildeste bei Anwendung des außerordentlichen Milderungsrechtes zulässige Strafart erkannt, wenn es eine Nebenstrafe verhängt hat, die das Gesetz nicht zwingend vorschreibt, und wegen des Strafmaßes, wenn die verhängte Geld- oder Freiheitsstrafe die Hälfte des gesetzlichen Mindestmaßes übersteigt oder auf lebenslängliche Freiheitsstrafe oder an deren Stelle auf eine mehr als zehnjährige Freiheitsstrafe erkannt worden ist. Bestimmt das Gesetz kein Mindestmaß, so kann wegen des Strafmaßes zugunsten des Angeklagten stets Berufung ergriffen werden.

Wegen des Ausspruches über die Anrechnung der Verwahrungs- oder Untersuchungshaft und wegen des Ausmaßes einer für den Fall der Uneinbringlichkeit einer Vermögensstrafe verhängten Ersatzstrafe kann stets zugunsten und zum Nachteil des Angeklagten Berufung ergriffen werden.“

19. Der zweite und dritte Absatz des § 338 haben zu lauten:

„Er ist b. fugt, die Strafe, welche nach dem Gesetze zwischen zehn und zwanzig Jahren oder auf Lebenszeit zu bemessen wäre, wegen des Zusammenstreffens sehr wichtiger und überwiegender Milderungsumstände zwar nicht in der Art, aber in der Dauer herabzusetzen, jedoch nicht unter ein Jahr.

In Fällen, für welche die Strafe im Gesetze zwischen fünf und zehn Jahren bestimmt ist, darf der Gerichtshof wegen solcher mildernder Umstände sowohl auf eine gelindere Art der Kerkerstrafe erkennen, als auch die Dauer der Strafe herabsetzen, jedoch nie unter sechs Monate.“

20. a) Die Ziffer 3. des § 363 hat zu lauten:

„3. Wenn sich der Staatsanwalt in den im zweiten Absätze des § 34 angeführten Fällen bei dem Rücktritte von der Verfolgung oder bei der

Erklärung nach § 57, Absatz 3, die spätere Verfolgung vorbehalten hat und noch nicht mehr als ein Monat verstrichen ist, seitdem das Gericht erster Instanz in der Hauptsache entschieden hat; wenn dem Ankläger bei der Beendigung des Strafverfahrens wegen eines Verbrechens oder Vergehens die Verfolgung wegen anderer strafbarer Handlungen vorbehalten worden ist oder wenn sich erst nachher Verdachtsgründe für eine andere früher begangene strafbare Handlung ergeben haben;“

b) Dem § 363 sind ferner folgende zwei Absätze anzufügen:

„Im Falle der Z. 4 hat der dem Bezirksgericht übergeordnete Gerichtshof auf Antrag des Staatsanwaltes das Urteil aufzuheben und die Einleitung des geschlichen Verfahrens zu veranlassen.

Kommt nach rechtskräftiger Beendigung eines Strafverfahrens hervor, daß der Beschuldigte zur Zeit der Entscheidung der Militärgerichtsbarkeit unterstand, und ist die Verfolgung vor dem Militärgerichte noch zulässig, so hat das Gericht, das in letzter Instanz entschieden hat, wenn aber dieses Gericht ein Bezirksgericht ist, der übergeordnete Gerichtshof erster Instanz von Amts wegen die Entscheidung aufzuheben und die Sache an das Militärgericht abzutreten.“

21. Der § 383 hat zu lauten:

„Jeder Zeuge hat Anspruch auf Ersatz der notwendigen Kosten, die durch die Reise an den Ort der Vernehmung, durch den Aufenthalt daselbst sowie durch die Rückreise verursacht werden. Eine Entschädigung für Zeitversäumnis kann von einem Zeugen nur dann begehrt werden, wenn ihm durch diese Versäumnis ein empfindlicher Abbruch an seinem täglichen Erwerbe verursacht wird.

Der Anspruch auf Vergütung muß bei sonstigem Verlusste binnen vierundzwanzig Stunden nach der Vernehmung geltend gemacht werden. Hierauf sind die Zeugen in der Vorladung aufmerksam zu machen.

Die Vergütung wird auf Grund von Gebührentarifen geleistet. Die Bestimmung der Vergütung und die wegen der Auszahlung erforderlichen Verfügungen obliegen den mit diesem Geschäfte betrauten Beamten des Gerichtes. Den Parteien steht es frei, in die Bestimmung der Vergütung Einsicht zu nehmen. Sowohl die Parteien als der Zeuge können binnen drei Tagen nach der Bestimmung die Entscheidung des Gerichtes begehren.

Die Gebühren sind dem Zeugen womöglich sogleich nach der Vernehmung auszusahlen oder, wenn das nicht geschehen kann, kostenfrei zuzumitteln.

Der Privatankläger hat auf Zeugengebühren keinen Anspruch; andere Beschädigte haben ihn nur

dann, wenn sie vorgeladen werden, um als Zeugen vernommen zu werden.

Die Gebühren der in aktiver Dienstleistung stehenden Militärpersonen, die vor einem außer ihrem Standorte befindlichen Strafgericht als Zeugen erscheinen, werden durch besondere Vorschriften bestimmt.“

22. Der § 384 hat zu lauten:

„Sachverständige, die bei einem Gerichte bleibend als solche bestellt sind und dafür eine Entlohnung beziehen, haben nur den Ersatz der ihnen verursachten und gehörig nachgewiesenen Kosten und Auslagen anzusprechen. Andere Sachverständige haben außerdem Anspruch auf Entschädigung für Zeitverschäumnis und auf Entlohnung für ihre Mühewaltung.

Die Ansprüche müssen bei sonstigem Verluste binnen vierzehn Tagen nach Abgabe des Gutachtens geltend gemacht werden. Darauf sind die Sachverständigen in der Vorladung aufmerksam zu machen.

Die Vergütung wird auf Grund von Gebührentarifen geleistet. Die Bestimmung der Vergütung und die wegen der Auszahlung erforderlichen Verfügungen obliegen dem Gerichte.

Die Gebühren sind den Sachverständigen womöglich sogleich nach ihrer Verwendung auszuführen oder kostenfrei zuzumitteln.“

23. Der § 385 hat zu lauten:

„Die Gebühren eines Dolmetsches sind unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften über Sachverständigengebühren zu bestimmen.

Werden die bei dem Gerichte angestellten Beamten oder für beständig und entgeltlich angestellte beeidete Dolmetsche zu Übersetzungen oder gerichtlichen Vernehmungen berufen, so haben sie diese Arbeiten unentgeltlich zu verrichten.“

24. Der § 386 hat zu lauten:

„Für die Bestimmung der Reise- und Aufenthaltskosten der in öffentlichen Diensten stehenden Sachverständigen und Dolmetsche gelten die für Personen des öffentlichen Dienstes bestehenden allgemeinen Vorschriften.“

25. Der § 406 hat zu lauten:

„Freiheitsstrafen, die bei dem erkennenden Gerichte zu vollziehen wären, können wegen Überfüllung der Gefängnisse, zur Ersparung unverhältnismäßiger Reise- oder Transportauslagen oder aus anderen wichtigen Gründen bei einem anderen Gerichte vollzogen werden. Die hierzu erforderlichen Anordnungen obliegen dem Vorsteher des erkennenden im Einvernehmen mit dem Vorsteher des vollziehenden Gerichtes. Verweigert dieser seine Zustimmung, so

steht die Entscheidung dem Präsidenten des Gerichtshofes zweiter Instanz, und wenn die beteiligten Gerichte zu den Sprengeln verschiedener Gerichtshöfe zweiter Instanz gehören, dem Staatsamt für Justiz zu."

26. Der § 458 hat zu lauten:

"Nach Schluß der Verhandlung wird das Urteil gefällt, samt den wesentlichen Gründen vom Richter verkündet und bei sonstiger Nichtigkeit dem Protokoll einverleibt oder beigelegt.

Wird jedoch der Beschuldigte freigesprochen, weil der Ankläger von der Anklage zurückgetreten ist, oder wird der Beschuldigte nach einem umfassenden und durch die übrigen Ergebnisse der Verhandlung unterstützten Geständnisse verurteilt oder wird die aus mehreren Punkten bestehende Anklage teils auf die eine, teils auf die andere Art erledigt und verzichtet in allen diesen Fällen die Parteien auf alle Rechtsmittel, so können das Protokoll über die Hauptverhandlung (§ 271) und die Ausfertigung des Urteiles durch einen vom Richter und Schriftführer zu unterschreibenden Vermerk ersetzt werden, der zu enthalten hat:

1. den Tag und die Dauer der Verhandlung;
2. die Angaben über die persönlichen Verhältnisse des Beschuldigten, soweit sie nicht schon in den Akten enthalten sind;
3. die Namen der anwesenden Parteien, Vertreter und Rechtsbeistände und der vernommenen Zeugen und Sachverständigen;
4. den wesentlichen Inhalt des Urteiles, und zwar im Falle eines Strafurteiles alle im § 260, Z. 1—5, geforderten Angaben. Die unter Z. 1 des § 260 geforderten Angaben können ganz oder zum Teil durch Verweisung auf die Anzeige ersetzt werden, wenn der Richter den darin dargestellten wesentlichen Sachverhalt ohne Änderung als erwiesen angenommen hat oder die abweichenden Feststellungen mit wenigen Worten angegeben werden können.

An die Stelle der Entscheidungsgründe tritt die Berufung auf den zweiten Absatz dieses Paragraphen.

Der Richter ist befugt, nach Schluß der Verhandlung die Fällung des Urteiles bis auf den folgenden Tag auszussetzen.

Im übrigen haben die im XVIII. Hauptstück für die Hauptverhandlung erteilten Vorschriften auch für die Verhandlung vor dem Bezirksgerichte zu gelten."

27. Der § 460 hat zu lauten:

"Wenn von einer öffentlichen Behörde oder einer der im § 68² des Strafgesetzes erwähnten

Personen gegen einen auf freiem Fuße befindlichen Beschuldigten auf Grund ihrer eigenen dienstlichen Wahrnehmung oder eines vor ihr abgelegten Geständnisses eine weder aus Gewinnsucht begangene noch gegen die öffentliche Sittlichkeit verstoßende Gesetzesübertretung angezeigt wird, so kann der Richter auf Antrag des mit den staatsanwaltschaftlichen Einrichtungen betrauten Beamten die verwirkte Strafe ohne vorausgehendes Verfahren durch Strafverfügung festsetzen, falls er Arrest oder strengen Arrest von höchstens vierzehn Tagen oder eine Geldstrafe und an deren Stelle für den Fall der Uneinbringlichkeit eine höchstens vierzehntägige Arreststrafe oder eine Arrest- und eine Geldstrafe nebeneinander zu verhängen findet und die Haupt- und die Ersatzfreiheitsstrafe zusammen vierzehn Tage nicht übersteigen. Auch der Verfall von Waren, Festschaften und Geräten kann in der Strafverfügung ausgesprochen werden, wenn die für verfallen erklärten Sachen schon vorher in Beschlag genommen worden und in Verwahrung des Gerichtes oder der Sicherheitsbehörde sind.

Gegen Personen unter achtzehn Jahren darf keine Strafverfügung erlassen werden.

Die Strafverfügung ist vor der Zustellung an den Beschuldigten dem mit den staatsanwaltschaftlichen Einrichtungen betrauten Beamten zur Einsicht vorzulegen. Dieser kann dagegen binnen drei Tagen Einspruch erheben. In diesem Falle ist das ordentliche Verfahren einzuleiten.“

28. Der § 462 hat zu lauten:

„Erhebt der Beschuldigte in der achttägigen Frist Einspruch, so tritt das ordentliche Verfahren ein.

Gegen die Strafverfügung ist außer dem Einspruch kein Rechtsmittel zulässig; doch kann dem Beschuldigten, wenn die Voraussetzungen des § 364, Z. 1 und 2, eintreten, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erteilt werden.“

29. Der zweite Absatz des § 472 hat zu lauten:

„Sie beginnt mit dem Vortrag eines Mitgliedes des Berufungssenates als Berichterstatters; der Vortrag soll weder Gutachten noch Anträge enthalten, sondern nur das Tatsächliche des Falles, den bisherigen Verlauf der Sache, soweit es zur Beurteilung der angebrachten Beschwerde erforderlich ist, das Wesentliche der Berufungsschrift und die sich daraus ergebenden Streitpunkte umfassen.“

30. Der erste Absatz des § 482 hat zu lauten:

„Freiheitsstrafen sind in der Regel bei dem Bezirksgerichte zu vollstrecken, das das Erkenntnis in erster Instanz gefällt hat. Soll die Strafe bei

einem anderen Gerichte vollzogen werden, so sind die Vorschriften des § 406 anzuwenden. Gehört das vollziehende Bezirksgericht zu dem Sprengel desselben Gerichtshofes erster Instanz wie das erkennende Gericht und können sich die Vorsteher nicht einigen, so entscheidet der Vorsteher des Gerichtshofes erster Instanz."

31. Als XXVIII. Hauptstück sind der Strafprozeßordnung folgende Bestimmungen anzufügen:

XXVIII. Hauptstück.

Von dem vereinfachten Verfahren in Verbrechen- und Vergehensfällen.

§ 495.

Wegen aller Verbrechen und Vergehen, deren Aburteilung nicht dem Geschwornengerichte zukommt, kann der Staatsanwalt, statt die Anklageschrift einzubringen, Bestrafung im vereinfachten Verfahren beantragen, wenn nach den Umständen des Falles anzunehmen ist, daß abgesehen von Nebenstrafen keine strengere Strafe zu verhängen sein wird als eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von höchstens einem Jahre allein oder neben einer Geldstrafe.

Die Hauptverhandlung und Entscheidung im vereinfachten Verfahren obliegt einem Einzelrichter.

§ 496.

Im Antrag sind der Beschuldigte und die ihm zur Last gelegte Tat deutlich zu bezeichnen und, soweit es zu diesem Zwecke notwendig ist, die besonderen Umstände des Ortes, der Zeit, des Gegenstandes usw. hinzuzufügen. Die Bestimmungen des Strafgesetzes, deren Anwendung beantragt wird, sind anzuführen und die Beweismittel anzugeben, deren sich der Staatsanwalt bedienen will. Auch die Verhaftung des Beschuldigten kann zugleich beantragt werden.

Der Antrag ist bei dem Untersuchungsrichter einzubringen, der die Voruntersuchung geführt hat, oder, wenn keine Voruntersuchung stattgefunden hat, bei dem Vorsitzenden der Ratskammer.

§ 497.

Hat der Untersuchungsrichter oder der Vorsitzende der Ratskammer Bedenken gegen die Verhaftung des Beschuldigten, gegen die Zuständigkeit des Gerichtes oder gegen die Zulässigkeit des vereinfachten Verfahrens oder ist er der Ansicht, daß der Antrag an einem Formgebrechen leide, daß die dem Beschuldigten zur Last gelegte Tat keine zur

Zuständigkeit der Gerichte gehörige Handlung begründe, daß die Verfolgung wegen Verjährung, wegen Begnadigung (§ 2) oder aus einem anderen Grunde des Prozeßrechtes ausgeschlossen sei oder daß das nach dem Gesetze zur Verfolgung erforderliche Verlangen oder die gesetzlich geforderte Zustimmung eines hiezu Berechtigten fehle, oder beschwert sich der Beschuldigte gegen die Verhängung der Haft, so ist die Entscheidung der Ratskammer einzuholen.

§ 498.

Entscheidet die Ratskammer, daß das angerufene Gericht unzuständig sei, so hat sie die Sache dem zuständigen Gerichte abzutreten.

Wird der Antrag wegen eines Formgebrechens vorläufig zurückgewiesen oder das vereinfachte Verfahren für unzulässig erklärt, so hat der Staatsanwalt binnen drei Tagen die zur Einleitung oder Fortsetzung des Verfahrens erforderlichen Anträge zu stellen (§ 27).

Hält die Ratskammer die Tat aus einem im § 497 angeführten Grunde für nicht verfolgbar, so stellt sie das Verfahren ein.

Gegen die Entscheidung der Ratskammer über die Haft steht beiden Parteien, gegen eine Entscheidung, womit das Verfahren eingestellt wird, dem Staatsanwälte die Beschwerde an den Gerichtshof zweiter Instanz offen (§ 114).

An Beschlüsse der Ratskammer oder des Gerichtshofes zweiter Instanz, womit die Zuständigkeit des Gerichtes, die Verfolgbarkeit der Tat oder die Zulässigkeit des vereinfachten Verfahrens bejaht wird, ist das erkennende Gericht nicht gebunden.

§ 499.

Bestehen keine Bedenken gegen die Anträge des Staatsanwaltes oder sind die erhobenen Bedenken durch die Entscheidung der Ratskammer oder des Gerichtshofes zweiter Instanz beseitigt, so übersendet der Untersuchungsrichter oder Vorsitzende der Ratskammer die Akten dem Einzelrichter. Dieser hat sofort die Verhandlung anzuordnen.

Nach Anordnung der Hauptverhandlung kann der Staatsanwalt den Antrag auf Bestrafung im vereinfachten Verfahren nicht mehr zurückziehen.

§ 500.

Für die Vorbereitungen zur Hauptverhandlung, die Hauptverhandlung und das Urteil gelten dem Sinne nach die Bestimmungen des XVII. und XVIII. Hauptstückes (§§ 220—279) mit folgenden Abweichungen und Ergänzungen:

1. Dem Beschuldigten ist von Amts wegen ein Verteidiger zu bestellen, wenn er dem Gerichte

binnen einer angemessenen Frist nach der Vorladung zur Hauptverhandlung keinen von ihm gewählten Verteidiger namhaft macht; die Bestellung gilt für das ganze Verfahren;

2. außer dem im § 221 vorgeschriebenen Inhalt hat die Vorladung des Beschuldigten auch die deutliche Bezeichnung der ihm zur Last gelegten Tat (§ 496) und die Aufforderung zu enthalten, die zu seiner Verteidigung dienenden Beweismittel mitzubringen oder dem Gerichte so frühzeitig anzuzeigen, daß sie zur Hauptverhandlung noch herbeigeschafft werden können. Auch ist der Beschuldigte auf die Bestimmung der Z. 1 des § 500 aufmerksam zu machen. Einer Mitteilung der Liste der neu zu ladenden Zeugen und Sachverständigen an den Gegner (§ 222) bedarf es im vereinfachten Verfahren nicht;

3. die Bestimmungen des § 224 sind nur anwendbar, wenn es sich um Erhebungen handelt, die nicht in der Hauptverhandlung vorgenommen werden können;

4. ordnet der Vorsitzende des Gerichtshofes an, daß die Hauptverhandlung am Orte des Bezirksgerichtes abgehalten werde, in dessen Sprengel die Tat begangen worden ist (§ 221, Absatz 2), so kann er die Verhandlung und Entscheidung auch einem Einzelrichter dieses Bezirksgerichtes übertragen;

5. wenn weder eine Voruntersuchung noch gerichtliche Vorerhebungen stattgefunden haben, ist die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung auf Verlangen des Beschuldigten auszuschließen;

6. der Einzelrichter hat die Befugnisse und Obliegenheiten des Vorsitzenden und des Gerichtshofes;

7. statt der Anklageschrift ist der Antrag auf Bestrafung im vereinfachten Verfahren vorzulesen;

8. der Richter kann bei sonstiger Nichtigkeit (§ 281, Z. 11) abgesehen von Nebenstrafen keine strengere Strafe verhängen als eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von höchstens einem Jahre allein oder neben einer Geldstrafe. Hält er eine strengere Strafe für angemessen, so hat er die Hauptverhandlung abubrechen. Über einen darauf abzielenden Antrag des Staatsanwaltes entscheidet er nach Anhörung des Verteidigers. Wird die Verhandlung abgebrochen, so hat der Staatsanwalt binnen drei Tagen seine Anträge wegen Einleitung des gesetzlichen Verfahrens anzubringen (§ 27);

9. die Vorschrift der Z. 3 des zweiten Absatzes des § 270 findet keine Anwendung;

10. auch im Falle des § 278 kann der Einzelrichter keine strengere Strafe verhängen als die in der Z. 8 bezeichneten.

§ 501.

Gegen die im vereinfachten Verfahren gefällten Urteile findet außer dem Falle des § 503 nur das Rechtsmittel der Berufung statt. Über die Berufung entscheidet der Gerichtshof erster Instanz. Für das Verfahren und die Wiederaufnahme gelten dem Sinne nach die Vorschriften der §§ 464—480, mit Ausnahme des letzten Absatzes des § 470, der §§ 475, 476 und 478 und des zweiten Absatzes des § 480 und mit folgenden Abweichungen und Ergänzungen:

1. Ist die strafbare Handlung, deren der Angeklagte schuldig gesprochen worden ist, mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu einem Jahre bedroht, so kann wegen des Strafmaßes zum Nachteil des Angeklagten nur dann Berufung ergriffen werden, wenn die verhängte Strafe drei Monate nicht übersteigt; falls aber eine strengere Strafe angedroht ist, nur dann, wenn die verhängte Strafe sechs Monate nicht übersteigt;

2. wird der vom Ankläger wegen des Ausspruches über die Strafe ergriffenen Berufung stattgegeben, so kann die Strafe gleichwohl nicht über das in der Z. 8 des § 500 angegebene Maß erhöht werden;

3. auch der Staatsanwalt kann zugunsten des Angeklagten die Berufung ergreifen;

4. als Richtigkeitsgründe nach § 468, Z. 2, sind die im § 281 unter Z. 2—5 angeführten Umstände anzusehen. Der letzte Absatz des § 281 gilt dem Sinne nach auch für das vereinfachte Verfahren;

5. ist der Angeklagte verhaftet, so ist er zur Verhandlung vorzuführen (§ 239);

6. werden in der Verhandlung über die Berufung neue Zeugen oder Sachverständige vernommen (§ 470, Absatz 1), so sind auch die Zeugen oder Sachverständigen nochmals zu hören, auf deren Aussagen das Urteil erster Instanz beruht;

7. auch wenn das Urteil aus einem der im § 468, Z. 1 und 2, oder im § 281, Z. 6 und 7, angeführten Gründe aufgehoben wird, hat das Berufungsgericht — sofort oder in einer späteren Verhandlung, nötigenfalls nach Wiederholung der in erster Instanz gepflogenen Verhandlung und Verbesserung der mangelhaften Prozeßhandlung — in der Sache selbst zu erkennen, es wäre denn, daß es seine eigene Nichtzuständigkeit auszusprechen findet oder daß der Einzelrichter über eine Tat geurteilt hat, deren Aburteilung dem Geschworenengerichte zukommt. Im ersten Falle ist die Sache dem zuständigen Gerichte abzutreten, im zweiten die Einleitung des gesetzlichen Verfahrens zu veranlassen;

8. über die Zulassung der Wiederaufnahme entscheidet der Einzelrichter.

§ 502.

Auch alle anderen außerhalb der Hauptverhandlung zu treffenden Entscheidungen, zu denen sonst der Gerichtshof berufen ist, obliegen im vereinfachten Verfahren dem Einzelrichter. Gegen solche Beschlüsse und gegen die Verhängung oder Aufhebung der Haft oder die Bestimmung der Versicherungssumme steht den Beteiligten die Beschwerde an den Gerichtshof erster Instanz offen, soweit der Rechtszug nicht ausdrücklich untersagt ist. Sie ist, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, binnen drei Tagen anzubringen und hat nur dann aufschiebende Wirkung, wenn ihr diese Wirkung auch gegenüber einem Beschlusse des Gerichtshofes oder der Ratskammer (§ 197) zukäme. Gegen die Entscheidung des Gerichtshofes erster Instanz findet kein weiterer Rechtszug statt.

§ 503.

Die §§ 427 und 428 sind dem Sinne nach auch auf das vereinfachte Verfahren anzuwenden, jedoch mit der Abweichung, daß über den Einspruch der Gerichtshof erster Instanz nach Anhörung des Staatsanwaltes entscheidet.

Artikel II.

Vor Ablauf jedes Jahres werden vom Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz für das nächstfolgende Jahr die Richter bestimmt, die im vereinfachten Verfahren als Einzelrichter zu entscheiden haben, und die Geschäfte unter sie verteilt. Zu Einzelrichtern im vereinfachten Verfahren sind womöglich nur Räte zu bestellen, die mindestens zwei Jahre als Untersuchungsrichter oder erkennende Richter in Strassachen verwendet worden sind. Ihre Bestellung bedarf der Genehmigung des Präsidenten des Gerichtshofes zweiter Instanz.

Wird die Verhandlung und Entscheidung im vereinfachten Verfahren dem Bezirksgerichte übertragen, in dessen Sprengel die Tat begangen worden ist (§ 500. B. 4, St. P. O.), so kann an Stelle des Einzelrichters des Gerichtshofes nur ein Einzelrichter damit betraut werden, der mindestens zwei Jahre als erkennender Richter in Strassachen verwendet worden ist.

Dem Berufungsenate für das vereinfachte Verfahren muß der Präsident oder Vizepräsident oder eines der rangältesten Mitglieder des Gerichtshofes und es darf ihm kein für das vereinfachte Verfahren bestellter Einzelrichter angehören.

Provisorische Nationalversammlung. — Beilage 43.

15

Artikel III.

Im Hinblick auf die Belastung des Advokatenstandes durch Armenvertretungen ist den Advokatenkammern aus Staatsmitteln jährlich ein angemessener Pauschalbetrag zu leisten.

Im vereinfachten Verfahren als Verteidiger oder Vertreter bestellte Advokaten sind befugt, sich durch Advokaturskandidaten vertreten zu lassen, die nach dem letzten Absatz des § 31 Z. B. O. substitutionsberechtigt sind.

Artikel IV.

Die Ziffern 12 und 15 des § 4 des Gesetzes vom 24. Februar 1907, R. G. Bl. Nr. 41, über die Ausübung der Gerichtsbarkeit bei den Oberlandesgerichten und dem Obersten Gerichts- und Kassationshofe treten außer Kraft.

Artikel V.

Gesetzliche Bestimmungen, wonach Strafverfügungen oder die Verurteilung wegen des Ausspruches über die Strafe auch außer den Fällen der §§ 283 und 460 der Strafprozeßordnung zulässig sind, bleiben unberührt; doch richten sich bei allen Strafverfügungen das Höchstmaß der zulässigen Strafe und das Verfahren nach den Vorschriften dieses Gesetzes.

Artikel VI.

Wegen eines Verbrechens, auf das keine strengere Strafe als höchstens fünfjähriger schwerer Kerker gesetzt ist, kann das Gericht statt auf Kerker auf strengen Arrest erkennen, wenn der Täter zur Zeit der Tat noch nicht achtzehn Jahre alt war, wenn mildernde Umstände vorliegen, die einem Schuldausschließungs- oder Rechtfertigungsgrunde nahekommen, wenn der Täter aus achtungswerten Beweggründen, auf nachdrücklichen Befehl einer Person, von der er abhängig ist, oder in einer heftigen Gemütsbewegung gehandelt hat, die durch eine ihm oder einer ihm nahestehenden Person zugefügte schwere und unbegründete Kränkung veranlaßt war, wenn die Tat nur auf Übermut, Unbesonnenheit oder eine besonders verlockende Gelegenheit zurückzuführen ist und mit dem sonstigen Verhalten des Täters in auffälligem Widerspruch steht, wenn der Täter vor Beginn der Verfolgung den Schaden abgewendet oder gutgemacht hat oder wenn die Tat schon vor längerer Zeit begangen worden ist und sich der Täter seither gut aufgeführt hat.

Artikel VII.

Dieses Gesetz tritt an dem durch Vollzugsanweisung zu bestimmenden Tage, spätestens aber sechs Monate nach der Kundmachung in Kraft, doch

findet das neu angefügte XXVIII. Hauptstück der Strafprozeßordnung auf anhängige Sachen keine Anwendung, wenn zur Zeit des Beginnes der Wirksamkeit des neuen Gesetzes die Hauptverhandlung schon angeordnet ist. Ist die Anklage schon erhoben, so kann der Staatsanwalt den Antrag auf Bestrafung im vereinfachten Verfahren nachträglich stellen. In diesem Antrag und in der Vorladung des Beschuldigten kann auf die Anklageschrift Bezug genommen werden. In der Hauptverhandlung ist die Anklageschrift vorzulesen.

Die Anfechtbarkeit einer zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes schon gefällten, aber noch nicht rechtskräftigen Entscheidung und die Bestimmung von Zeugen-, Sachverständigen- und Dolmetschgebühren, auf die ein Anspruch bereits erworben ist, richtet sich nach den Vorschriften des bisherigen Rechtes.

Die Vorschriften der Ziffern 1—3, 5, 10, und 31 des Artikels I, Artikel II und der zweite Absatz des Artikels III treten mit dem Ablauf des zweiten Kalenderjahres nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges außer Kraft. Strafsachen, in denen zu dieser Zeit das vereinfachte Verfahren schon eingeleitet ist, sind nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu Ende zu führen.

Mit der Vollziehung dieses Gesetzes ist der Staatssekretär für Justiz betraut. Er hat alle zur Durchführung erforderlichen Anordnungen, und zwar, soweit sie den Wirkungskreis anderer Staatsämter berühren, im Einvernehmen mit diesen zu erlassen.